

Irak-Konflikt: Die Menschen in diesem Land wollen **keinen** Krieg

Rede der Vorsitzenden
der CDU/CSU-Fraktion
Angela Merkel

Deutscher
Bundestag am
13. Februar



Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Heute schauen Millionen Menschen in Deutschland auf uns und hören dieser Debatte zu. Sie machen sich Sorgen, ob wir, die Politiker – egal ob Regierung oder Opposition – unser Land durch eine schwierige Zeit, insbesondere durch den Irakkonflikt und durch den Kampf gegen den Terrorismus mit Klugheit und Weisheit führen können. Die Menschen in diesem Lande wollen keinen Krieg. Diejenigen, die in diesem Saale sitzen, wollen auch keinen Krieg.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, wie sehr Sie innerlich unter Druck stehen, hat man schon an der Lautstärke Ihrer Stimme gemerkt.

Irrwege des Kanzlers

Dass Sie es aber nötig haben, die Opposition dieses Hauses als Kriegstreiber zu verleumden, zeigt, in welcher Ecke Sie stehen. Aus dieser Ecke werden Sie nicht herauskommen können.

Wer als Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland den Eindruck erweckt, irgendetwas würde sich die Entscheidung über Krieg und Frieden leicht machen und die letzte Chance aus der Hand geben, der, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, hat nicht erfasst, worum es geht.

Ich sage Ihnen: Sie sind seit Wochen auf einem Irrweg. Das Schlimmste ist – das sa-

ge ich mit großem Ernst; das ist meine feste Überzeugung –, dass insbesondere Ihr Verhalten auf dem Marktplatz von Goslar den Krieg im Irak leider nicht unwahrscheinlicher, sondern wahrscheinlicher gemacht hat; denn Sie haben den Druck auf Saddam Hussein verringert.

Im Gegensatz zu Ihnen war ich in München und weiß, was ich gesagt habe. Niemand hat behauptet, dass es aufgrund der Resolution 1441 einen Automatismus der Gewalt gibt. Sie haben es auf dem Marktplatz von Goslar aber für notwendig erachtet, der Weltöffentlichkeit mitzuteilen, dass Sie unter gar keinen Umständen – Ihnen ist es also egal, was die Inspektoren herausfinden und worum sie bitten – bereit sind, dafür zu sorgen, dass die Resolution 1441 mit letzter Konsequenz umgesetzt werden kann.

Das ist der Dissens und um den drücken Sie sich herum. Nun versuchen Sie mit zum Teil abenteuerlichen, dilettantischen Mitteln, über größere deutsche Zeitungen aus dieser Ecke wieder herauszukommen.

Sie müssen sich einmal vorstellen, was in München abgelaufen ist. Dort standen ein Außenminister, der von nichts wusste, und ein Verteidigungsminister, der gesagt hat, dass wir durch die Regierungserklärung des Bundeskanzlers am heutigen Donnerstag über die Blauhelme informiert werden. Fehlanzeige, Herr Bundeskanzler! Davon habe ich nichts gehört.

Des Weiteren waren dort eine Verteidigungsministerin aus Frankreich, die erstaunt

gectuht hat, ein portugiesischer Verteidigungsminister und ein amerikanischer Verteidigungsminister, mit denen natürlich auch niemand gesprochen hat, anwesend. Das ist das, was wir kritisieren. Herr Bundeskanzler, ich glaube, wir tun dies zu Recht.

Krieg zu vermeiden, ist ein richtiger Wunsch. Die Politik ist ihm verpflichtet. Ich sage aber auch: Sie vermengen die Dinge. Sie selber stehen angeblich dazu, dass die NATO eine Wertegemeinschaft ist.

Sie selber wollen die Position der UNO stärken. Es ist doch ganz natürlich, dass es hin und wieder Meinungsverschiedenheiten gibt. Ich kann Ihnen im Übrigen sagen, dass ich mit den Amerikanern viele Verhandlungen über Klimaschutzabkommen geführt habe.

Entschuldigung, wenn Sie vor lauter Selbstverliebtheit nicht mehr außer Landes kommen, wird man doch noch davon berichten dürfen, wie man mit den Amerikanern verhandelt hat.

Herr Bundeskanzler, wir streiten hier über die Frage: Wie kann ich in einer Gemeinschaft von Freunden, denen ich mich durch gemeinsame Werte verpflichtet fühle, einen möglichst großen Teil meiner eigenen Vorstellungen umsetzen? Das kann ich nicht dadurch, dass ich Dinge verkünde, ohne mich abzusprechen, und Teilbündnisse schließe, ohne andere zu informieren.

Damit schwäche ich die Europäische Union, die NATO, die UNO, den Sicherheitsrat und die Arbeit der Inspekture.

Außenpolitischer Schaden

Weil Sie sich so verhalten haben, wie Sie sich verhalten haben, haben Sie außenpolitischen Schaden angerichtet. Wenn ich von Schaden spreche, können Sie sicher sein,

dass ich mir das gut überlegt habe. Ich erinnere an eine Gemeinsamkeit von Konrad Adenauer über Willy Brandt und Helmut Schmidt bis Helmut Kohl, die sich jenseits aller innenpolitischen Auseinandersetzungen immer einem Ziel verpflichtet gefühlt haben: Nie wieder Krieg! Das heißt in der Umsetzung: Nie wieder ein deutscher Sonderweg!

Herr Bundeskanzler, Sie versuchen den Eindruck zu erwecken, Sie seien mit Frankreich und anderen Ländern einer Meinung.

Der große Unterschied ist, dass sich der Präsident der Französischen Republik seinen diplomatischen Handlungsspielraum erhalten hat. Sie haben Ihren aufgegeben und damit Deutschland in eine gewichtslose Klasse hineingeführt, die nicht mehr das bewegen kann, was sie eigentlich bewegen müsste.

Die „Süddeutsche Zeitung“ schrieb gestern: Deutschland ist in einer Sackgasse angekommen und hat, anders als Frankreich oder Russland, keine Hintertüren offen. Solange Schröder in Berlin regiert, wird Washington ihn als Gegner sehen, in Paris und London gilt er als überambitionierter Amateur.

Herr Bundeskanzler, Sie können die „Süddeutsche Zeitung“ in Ihrer Parteitagsdiktion nicht als Helfershelfer der Opposition bezeichnen. Deshalb rate ich Ihnen: Nehmen Sie diese Worte ernst! Wenn es nicht um so viel ginge, dann wäre die Sache mit dem „überambitionierten Amateur“ sogar zum Lachen. Aber es geht hier nicht um eine ganz normale Auseinandersetzung, sondern um das Verhalten Deutschlands in der Zukunft und damit um weit mehr als nur um einen Konflikt.

Ich sage Ihnen sehr persönlich: 1990, als wir in Frieden und Freiheit die deutsche Einheit in Übereinstimmung mit Frankreich,

Russland, den Vereinigten Staaten und Großbritannien erhalten haben, als ein Kollege aus Ihren Reihen, Markus Meckel, genauso in die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen wie viele andere eingebunden war, haben wir uns nicht träumen lassen, dass Deutschland heute einen Beitrag dazu leistet, dass Bündnisse geschwächt werden und die transatlantische Partnerschaft gegen die deutsch-französische Freundschaft ausgespielt wird.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, ich mache bei diesem Spiel nicht mit. Das ist allerdings sehr ernst. Ich war bisher gegenüber dem Bundeskanzler sehr freundlich.

Dass es der Bundeskanzler wagt, zu behaupten, dass wir das Verhältnis zu Frankreich infrage stellen, um die transatlantische Partnerschaft zu pflegen, ist eine Ungeheuerlichkeit. Ich kann es Ihnen auch auf diese Art und Weise sagen.

Subtiler Antiamerikanismus

Herr Bundeskanzler, seit dem Bundestagswahlkampf schüren Sie sehr subtil einen bestimmten Antiamerikanismus.

Sie haben im Wahlkampf festgestellt: Mit mir sind Abenteuer nicht zu machen. Was soll das bedeuten? Mit wem auf dieser Welt sind Abenteuer zu machen?

Der Senator McCain hat auf der Sicherheitskonferenz in München – die Sie vielleicht besser auch besucht hätten, Herr Bundeskanzler – sehr deutlich darauf hingewiesen, dass er es ernst nimmt, wie eine große Zahl von Menschen in Deutschland denkt.

Derselbe Senator hat uns eindringlich gebeten, unsererseits ernst zu nehmen, in welcher psychologischen Situation sich die Menschen in den Vereinigten Staaten von Amerika befinden. Sie befinden sich nach

dem 11. September in einer Phase, in der sie bedroht und angegriffen werden. Ich rate uns allen dringend, gemeinsam – ich betone: gemeinsam – im Bündnis nach Lösungen zu suchen, statt Sonderwege zu beschreiten.

Herr Bundeskanzler, wer entscheidet eigentlich über die Legitimität von Wünschen? Sie sind dem Wunsch der Amerikaner umgehend nachgekommen – ich unterstütze das –, deutsch-amerikanische Einrichtungen in Deutschland zu schützen. Warum kommen Sie dem Wunsch der türkischen Regierung, ihr Land bzw. Ihren Bündnispartner zu schützen, nicht nach, und zwar an dem Tage

Die amerikanische Regierung hat die deutsche Regierung gebeten, ab Ende Januar amerikanische Einrichtungen in Deutschland zu schützen. Die türkische Regierung hat ihre NATO-Partner gebeten, umgehend Patriot-Raketen zum Schutz der Türkei zu senden. Warum kommen Sie diesem Wunsch nicht nach, sondern meinen, selbst den Zeitpunkt bestimmen zu müssen, zu dem die Türkei ein Recht auf diese Unterstützung hat? Das ist die Frage, auf die Sie keine Antwort gegeben haben.

Ich zitiere: Gerade wir Deutschen, die wir durch die Hilfe und Solidarität unserer amerikanischen Freunde und Partner die Folgen zweier Weltkriege überwinden konnten, um zu Freiheit und Selbstbestimmung zu finden, haben nun auch eine Verpflichtung, unserer neuen Verantwortung umfassend gerecht zu werden. Das schließt – und das sage ich ganz unmissverständlich – auch die Beteiligung an militärischen Operationen zur Verteidigung von Freiheit und Menschenrechten, zur Herstellung von Stabilität und Sicherheit ausdrücklich ein.

Herr Bundeskanzler, das waren Ihre Worte nach dem 11. September. Aber heute weigern Sie sich, die Legitimation der UNO an-

zuerkennen, Resolutionen, die sie selbst verabschiedet hat, im Ernstfall auch wirklich durchsetzen zu können. In diesem Punkt widersprechen wir Ihnen energisch, Herr Bundeskanzler.

Die Geschichte des Irak – auch das vermisste ich – ist die Geschichte eines immerwährenden Verstoßes gegen die Resolutionen der Weltgemeinschaft. Sie haben heute nur über die Anteile gesprochen, die Ihnen in den Kram passen, Herr Bundeskanzler. Der Angriff des Irak auf Kuwait ist von der UN mit einer Resolution beantwortet worden, die zum Schluss mit militärischen Mitteln durchgesetzt wurde. Damals haben Sie Plakate mit der Aufschrift „Kein Krieg für Öl“ geklebt. So haben Sie damals die UN-Resolution missachtet. Deshalb stelle ich fest: Sie haben an dieser Stelle nichts dazugelernt.

Es ist doch nicht so, dass die Weltgemeinschaft aus heiterem Himmel dazu kommt, darüber nachzudenken, eventuell, im allerletzten Fall, militärische Mittel einzusetzen. Der ersten Resolution sind 16 weitere gefolgt. Es ist zum Teil gelungen, den Irak zu entwaffnen, aber nach der festen Überzeugung auch von Chefinspekteur Blix ist es auch heute noch so, dass sich der Irak weigert, einem umfassenden Abrüstungskonzept entgegenzukommen.

Herr Bundeskanzler, es gab 16 Resolutionen, der Chefinspekteur Butler hat gesagt, das mache weiter keinen Sinn, und es gab einen erneuten Anlauf. Ich unterstütze alles, was den Druck auf den Irak erhöht, und bin für alle Versuche, kriegerische oder militärische Aktionen zu vermeiden. Aber ich sage: Wir dürfen diese militärischen Aktionen als letztes Mittel nicht ausschließen, weil sich Saddam Hussein keinen Millimeter bewegen wird, wenn er weiß, dass er alles tun und lassen kann und wir die Konsequenzen letztendlich nicht ziehen.

Bedrohung

Sie haben heute nur gesagt, worin keine Bedrohung durch den Irak besteht. Ich erinnere daran, dass der Irak seinerzeit Israel mit Scud-Raketen angegriffen hat. Was ist eigentlich mit unserer Verantwortung vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte gegenüber dem Staat Israel? Und warum haben Sie eigentlich 80 Millionen Dosen zur Pockenimpfung gekauft, wenn Sie glauben, dass es keinerlei Bedrohung gibt?

Was sagen Sie denn zu diesen Fragen? Sie müssen die Menschen doch vollständig informieren, Herr Bundeskanzler.

Jeder hier in diesem Haus hat ein hohes Interesse daran, dass der Druck auf den Irak erhöht wird. Wir sagen, dass man deshalb die UN nicht schwächen darf – für uns geht es um die Auseinandersetzung in der UNO -, indem man schon vorher festlegt, wie man abstimmt. Das war Ihr großer Fehler.

Außenpolitischer Stil

Herr Bundeskanzler, wenn wir über die Sicherheit und über Partnerschaften sprechen, dann geht es auch darum, dass der Stil und die Art und Weise, wie in diesen Partnerschaften Konflikte ausgetragen werden, in einem Geist bestehen, der die gegenseitigen Partner anerkennt. Sie von der SPD und von den Grünen suchen sich im Augenblick die Partner so aus – und vereinnahmen sie auch noch -, dass Sie andere Partnerschaften spalten.

Ich sage Ihnen: Mittel- und langfristig ist Deutschland genauso wie andere Länder auf Partnerschaften und auf einen starken Sicherheitsverbund angewiesen. Wir sind aus eigener Kraft nicht in der Lage, die Sicher-

heit unseres Landes und die Sicherheit Europas zu schützen. Deshalb ist es unablässig erforderlich, bei allem Eintreten für den Frieden alles daran zu setzen, die Zukunft dieser Partnerschaften durch ein hohes Maß an Verlässlichkeit der Bundesrepublik Deutschland zu stärken.

Jetzt kommt Herr Volmer wieder und sagt: „Sie meinen Vasallentum.“ Ich kann nur sagen: Ich rate uns allen, mit diesem Wort verdammt vorsichtig zu sein. Wer auf den Marktplatz von Goslar gehen muss, weil er nicht die Kraft hat, die Auseinandersetzung im Bündnis zu führen, der versündigt sich an der Gemeinschaft, der wir uns verpflichtet fühlen. Deshalb sagen wir: Meinungsverschiedenheiten müssen im Bündnis ausgetragen werden.

Oberste Priorität hat das Ziel, zum Schluss im Bündnis eine gemeinsame Entscheidung gegen die Diktatoren dieser Welt zustande zu bringen. Das ist die Aufgabe, vor der wir stehen. Deshalb sage ich ganz ausdrücklich: Wir werden alles unterstützen, was zwischen den Partnern möglich ist, um einen Krieg zu verhindern. Wir werden vor allen Dingen aber auch auf das hören, was die Inspekture wünschen. Wenn Herr Blix zum Beispiel sagt, dass es nicht darum geht, die Zahl der Inspekture beliebig zu vergrößern, dann ist ein solches Wort für mich mindestens so wichtig wie jede zehnte Titelgeschichte des „Spiegel“, Herr Bundeskanzler.

Deshalb ist und bleibt es eben falsch, dass Sie sich festgelegt haben zu Zeitpunkten, an denen es nichts zum Festlegen gab. Ich frage mich: Warum haben Sie das getan? Warum haben Sie sich als einziger mir bekannter Staats- und Regierungschef bereits zu einem Zeitpunkt festgelegt, als der UNO noch nicht einmal der erste Bericht vorlag?

Warum sagen Sie, obwohl Sie doch auch

der UN-Charta verpflichtet sind – die UN-Charta enthält ganz ausdrücklich die Möglichkeit, die eigenen Resolutionen auch mit militärischen Aktionen durchzusetzen –, Deutschland werde dabei nicht mitmachen? Herr Bundeskanzler, ich sage – ich habe lange darüber nachgedacht –: Es hat rein innenpolitische Gründe.

Sie, Herr Bundeskanzler, haben nicht das, was ein souveräner Bundeskanzler haben müsste: die innere Freiheit, in Bezug auf die internationale Staatengemeinschaft auch frei und verantwortlich und in Partnerschaft zu entscheiden.

Keine Kanzlermehrheit

Sie haben hier und heute von den Abstimmungen über den Einsatz in Afghanistan gesprochen. Wir erinnern uns genau. Damals, unter der ganz vehementen und für alle noch fühlbaren Bedrohung des 11. September, haben Sie es nicht geschafft, eine Mehrheit in Ihren Reihen zusammen zu bekommen, ohne diese Abstimmung gleichzeitig mit der Vertrauensfrage zu verbinden. Herr Bundeskanzler, ich sage es ganz ruhig und es ist ja auch vollkommen klar: Sie wissen, dass Sie bei Entscheidungen für einen Einsatz deutscher Soldaten – in welcher Form auch immer; schon bei der Zurverfügungstellung von Patriot-Raketen für die Türkei – keine eigene Mehrheit in diesem Hause haben.

Sie wissen, dass Ihre Stellung als Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland eine zweite Vertrauensfrage nicht durchhalten würde und dass deshalb Ihr eigener Machtanspruch beendet wäre.

Herr Bundeskanzler, wer es nicht einmal schafft, in den eigenen Reihen eine Zustimmung zur Änderung des Kündigungs-

schutzes hier im Lande zu bekommen, der steht dann eben vor der Notwendigkeit, in der Außenpolitik Verlässlichkeit und Freundschaft mit Deutschland aufzukündigen.

Die Wahrheit ist – und das nimmt Ihnen die Souveränität –, dass Sie sich auf Ihre eigene Truppe nicht verlassen können. Deshalb werfe ich Ihnen einen Mangel an Autorität vor. Dieser Mangel an Autorität zeigt

sich in außenpolitischer Unverlässlichkeit und diese außenpolitische Unverlässlichkeit werden wir bitter bezahlen müssen, weil sie die Autorität der Europäischen Union, der NATO und der UNO aufs Spiel setzt. Dabei werden wir nicht mitmachen, Herr Bundeskanzler.

Herzlichen Dank.



**Ich erinnere an eine Gemeinsamkeit von Konrad Adenauer über Willy Brandt und Helmut Schmidt bis Helmut Kohl, die sich jenseits aller innenpolitischen Auseinandersetzungen immer einem Ziel verpflichtet gefühlt haben:
 Nie wieder Krieg! Das heißt in der Umsetzung:
 Nie wieder ein deutscher Sonderweg!**

Oberste Priorität hat das Ziel, zum Abschluss im Bündnis eine gemeinsame Entscheidung gegen die Defätoren dieser Welt zustande zu bringen. Das ist die Aufgabe, vor der wir stehen. Deshalb sage ich ganz ausdrücklich: Wir werden alles unterstützen, was zwischen den Partnern erfolgt, um einen Krieg zu verhindern. Wir werden vor allen Dingen aber auch auf das hören, was die Inspektoren wünschen. Wenn Herr Blitz zum Beispiel sagt, dass es nicht darum geht, die Zahl der Inspektoren lediglich zu vergrößern, dann ist ein solches Wort für mich mindestens so wichtig wie jede weitere Tütelgeschicht des „Spiegel“. Herr Bundeskanzler.

Deshalb ist und bleibt es eben falsch, dass Sie sich festgelegt haben zu Zeitpunkten, an denen es nicht zum Festlegen gab. Ich frage mich: Warum haben Sie das getan? Warum haben Sie sich als zuzigerer mir bekannter Mann, und Regierungschef bereits zu

Sie haben mich und heute von den Abstimmungen über den Einsatz in Afghanistan gesprochen. Wir erinnern uns genau: Damals, unter der ganz vehementen und für alle noch fühlbaren Bedrohung des 11. Septembers, haben Sie es nicht geschafft, eine Mehrheit in Ihren Reihen zusammen zu bekommen, ohne diese Abstimmung gleichzeitig mit der Verfassenauffrage zu verbinden. Herr Bundeskanzler, ich sage es ganz ruhig und es ist ja auch vollkommen klar: Sie wissen, dass Sie bei Entscheidungen für einen Einsatz deutscher Soldaten – in welcher Form auch immer, schon bei der Zurverfügungstellung von Patriot-Raketen für die Türkei – keine eigene Mehrheit in diesem Haus haben.

Sie wissen, dass Ihre Stellung als Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland eine solche Vertrauensfrage nicht durchhalten würde und dass deshalb ihr eigener Maßstab unheimlich bescheiden war.